

Israels Vorfeld-Diplomatie fährt schweres Geschütz auf

von Reiner Bernstein¹

Am 30. Mai reproduzierte der Newsletter der Botschaft des Staates Israel in Berlin einen Brief des „Jerusalem Center for Public Affairs“, in dem Generalsekretär Ban Ki-moon aufgefordert wurde, seinen Einfluss und seine Autorität in den New Yorker UN-Gremien mit dem Ziel zu nutzen, die Verabschiedung der Resolution zur Anerkennung eines Staates Palästina zu verhindern. Der Brief stammte aus einer Quelle, deren politische Rechtslastigkeit unter Leitung des früheren UN-Botschafters Dore Gold unstrittig ist.

Man könnte geneigt sein, das Papier wie so viele andere amtliche Mitteilungen beiseitezulegen. Doch aufgrund seines völkerrechtlich argumentierenden Gehalts muss es höchste Aufmerksamkeit auf sich lenken. Denn das „Jerusalem Center for Public Affairs“ belegt das offizielle Bekenntnis zur Zweistaatenlösung mit dem Bann der politischen Makulatur.

Die Autoren berufen sich dabei auf das Völkerbundsmandat vom 24. Juli 1922, das die historische Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina als Grund für die Wiederherstellung des jüdischen Nationalheims anerkennt, die Errichtung eines jüdischen Staates aber ausdrücklich nicht erwähnt. Das von „Juristen und internationalen Anwälten“ – deren Namen freilich unerwähnt bleiben – verfasste Schreiben an den Generalsekretär unterlässt tunlichst jeden Hinweis auf das Churchill-Weißbuch vom 03. Juni 1922, wonach nicht Gesamt-Palästina, zu dem das heutige Königreich Jordanien gerechnet wurde, in ein jüdisches Nationalheim umgewandelt werden sollte. Dementsprechend erfolgte ein Jahr später, am 15. Mai 1923 – und auf den Tag genau 25 Jahre vor der

¹ Abgeschlossen am 01. Juni 2011.

Staatsgründung Israels –, die Proklamation des Emirats Transjordanien unter dem Haschemiten Abdullah. Das britische Mandat für das verbliebene Palästina trat am 29. September 1923 in Kraft.

Indem die Autoren auf das Völkerbundsmandat zurückgreifen, beabsichtigen sie, zumindest teilweise die revisionistische Position Zeev Jabotinskys zu rehabilitieren: dass nämlich die „palästinensische [soll heißen die zionistische] Frage im Sinne eines Groß-Palästina einschließlich Transjordaniens gelöst werden“ müsse. Daraus wird die heutige Forderung abgeleitet, dass Israel einen völkerrechtlich verbürgten Mindestanspruch auf „Judäa und Samaria“ geltend machen könne. Folgerichtig weisen die Autoren die UN-Teilungsresolution vom 29. November 1947 zurück, mit der Jerusalem als „corpus separatum“ ausgewiesen wurde, und betonen, dass der in Rhodos am 03. April 1949 unterzeichnete Waffenstillstandsvertrag mit Jordanien entlang der Grünen Linie „ohne Bedeutung für künftige territoriale Ansiedlungen oder Grenzlinien“ sei.

Da die diplomatische Vertretung in Berlin das Schreiben in voller Länge publiziert hat, wird sie die Zustimmung ihrer Regierung eingeholt haben, zumal da Dore Gold mit dem Wohlwollen Benjamin Netanyahus und Avigdor Liebermans rechnen kann. Für die palästinensische Seite hingegen dürfte es keines weiteren Belegs für ihre Behauptung bedürfen, dass die israelische Regierung an ergebnisorientierten Verhandlungen nicht interessiert sei und dass die Autonomiebehörde deshalb den Weg der Anerkennung Palästinas durch die Vereinten Nationen einschlagen muss. Der rhetorische Wechselsprung Netanyahus von den „schmerzhaften“ zu den „großzügigen Kompromissen“ vor einer Woche in Washington bleibt irrelevant, weil kein Staatenlenker etwas zu verschenken hat.

Der Antrag aus Ramallah ist bis Mitte Juli beim UN-Generalsekretär zu hinterlegen, um das Verfahren bis zum Sitzungsbeginn der

Vollversammlung Mitte September voranzutreiben. Doch zuvor muss er die Hürde des Sicherheitsrates nehmen, in dem im Juli die Bundesrepublik den Vorsitz führt. Nach allem, was sie bisher dazu erklärt hat, wird Angela Merkel versuchen, für den Prozess der dortigen Entscheidungsfindung den diplomatischen Takt vorzugeben: „Der gegenwärtige Zustand [des Stillstands zwischen Israelis und Palästinensern]“ sei zwar „völlig unbefriedigend“, doch „[e]inseitige Maßnahmen, von welcher Seite auch immer, führen (...) in eine Sackgasse.“ Wenn kein von der Opposition im Bundestag bewirktes Wunder geschieht, dürfte der deutsche UN-Botschafter angehalten werden, den palästinensischen Antrag wie die US-Administration abzulehnen.

Dass nur Netanyahu an der Einseitigkeit des politischen Handelns festzuhalten gedenkt, hat er zuletzt am 31. Mai mit der Zusage unterstrichen, dass er in Jerusalem mehr Baugenehmigungen denn je zuvor autorisieren wolle. Der Ministerpräsident lieferte, was die Bundeskanzlerin von ihm Ende Januar bei den dritten Regierungskonsultationen verlangte: Er hat die Karten auf den Tisch gelegt. Dabei nutzt Netanyahu eine aktuelle Umfrage, wonach sich 66 Prozent der erwachsenen Israelis dagegen aussprechen, dass irgendein Teil Jerusalems zu einer künftigen palästinensischen Hauptstadt gehören solle und dass sich 73 Prozent gegen eine internationale Kontrolle der heiligen [jüdischen] Stätten im Rahmen eines Friedensvertrages verwahren. Dem ebenfalls zum „Likud“ gehörenden Parlamentspräsidenten Reuven Rivlin blieb einen Tag später der Hinweis vorbehalten, dass zwischen dem Westen und dem Osten der Stadt nicht einmal der Postverkehr ordentlich funktioniere...

Die europäische Politik agiert nach wie vor hilflos, weil wieder einmal unkoordiniert. Denn an jenem 31. Mai gewährte Brüssel der Autonomiebehörde einen Zuschuss von zwei Millionen Euro, damit die palästinensische Infrastruktur in Ost-Jerusalem gestärkt werde und um Gerichtskosten aufzufangen, wenn Palästinenser in der

Stadt gegen israelische Maßnahmen Klage führen. Soll man den Regierungen in Europa mehr Naivität bescheinigen oder ihre Verwirrung beklagen?

Wenn die israelische Politik auf das Territorium der Westbank und auf Ost-Jerusalem einen wie auch immer begründeten Anspruch erhebt, schließt dieser nicht die dort lebende palästinensische Bevölkerung ein, im Gegenteil: Israel ist an ihr im günstigen Falle nicht interessiert, im ungünstigen Falle kann sie auf die von Merkel im Bundestag wiederholte Aussage vertrauen, dass „jede palästinensische Regierung der Gewalt abschwören und das Existenzrecht Israels anerkennen“ müsse. Wer zur Gewalt greift, ist also auch von deutscher Seite bestätigt. Von Reziprozität war und ist keine Rede.

Der an der Universität Tel Aviv lehrende Völkerrechtler Eyal Benvenisti hat bedauert, dass die israelische Behauptung von den palästinensischen Gebieten als Teil der Innenpolitik von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft keinen ernsthaften Widerspruch nach sich gezogen habe.
